

## Ideologie, Wunschdenken und die Bankenunion

VON  
ALEXIS DERVIZ<sup>1</sup>

Unter allen politischen Initiativen zur Bekämpfung der dreifachen Krise in der EU (dh. Staatsschulden, Bankensolvenz und realwirtschaftliche Flaute) mag die sog. Bankenunion als ein Musterbeispiel des pragmatischen Denkens erscheinen.

Doch wenn man näher ansieht, wer und mit welchen Argumenten die Idee vorantreibt, kann ein eindringliches Gefühl nicht niedergehalten werden, der Sachbestand sei für deren Anhänger nur ein Schleier, mit dem eine viel wichtigere politische (oft geradezu ideologische) Agenda vorübergehend gedeckt wird.

Anlass zu so einem Gefühl wird von der Inkonsistenz in der Argumentation der Bankenunionbefürworter gegeben. Einige dieser Inkonsistenzen versuche ich im Folgenden zu erörtern, wonach eine, wie ich hoffe, realistischere Perspektive der Bankenregulierung in Europa vorgestellt wird. Die am häufigsten vorgelegten Argumente zugunsten der Bankenunion können ungefähr in den folgenden Punkten zusammengefasst werden:

- Finanzmärkte müssen ein klares Signal bekommen, dass es keine waldbrandartige Ansteckung mit Probleme im Finanzsektor eines maroden Staates auf Banken anderer Mitgliedstaaten geben werde.
- Wenn der Teufelskreis der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Staatsfinanzen, Bankbilanzen und Wirtschaft (angesichts der sich kettenweise verschlechternden Aktiva-Seiten aller drei) durch einen vertrauenswerten, von nationalen Regierungen unabhängigen Bankumstrukturierungsmechanismus gebrochen würde, könnten die

---

<sup>1</sup> Dr., Volkswirt aus Prag.

# EuropolIS

Wirtschaften in der Peripherie der Europäischen Union wieder zu vernünftigen Bedingungen finanziert werden und wieder wachsen.

- Der einheitliche Finanzmarkt in der Eurozone sehe voraus, dass überflüssige Ersparnisse aus Überschussländern wieder in Defizitländer als Investitionen eingesetzt würden, aber die Krise habe wegen Vertrauensmangel wieder zu längst überwundene nationale Fragmentierung der Kreditmärkte geführt; das ließe sich mit dem gemeinsamen Bankenaufsichtssystem überwinden.
- Die Banken in der Europäischen Union sind über Mitgliedstaatengrenzen hinweg in einem vereinten Markt tätig, in dem kein nationaler Regulator allein Ordnung einstellen vermag.

Buchstäblich genommen, erwecken alle vier Argumente den Eindruck, die europäischen Wirtschaften seien etwas ganz anderes als der Rest der Welt. In der nämlich Firmen und Banken ausländische Investitionen wagen, Güterhandel betreiben und Zahlungen bewirken, ohne auf eine zentrale Aufsichtsbehörde zu warten.

Der Zentralisierungswahn der europäischen Integrationsanbieter hat jedoch in Wirklichkeit andere Gründe. Sachlich kann dagegen vieles eingewendet werden, an dieser Stelle möchte ich mich auf die krassesten Widersprüche beschränken:

1. Die europäische Bankenunion kann die gegenwärtige Krise nicht lösen. Diese Union zusammenzubringen würde auch bei den allergünstigsten Umständen zu lange dauern, um heutigen Bankenbilanzen baldige Erleichterung zu schenken. Daher besteht eigentlich keine Eile bei der Schaffung einer gesamteuropäischen Bankenaufsicht, Einlagenversicherung oder Abwicklungsinstanz. Die Sache könnte bei nüchterner Betrachtung ruhig noch eine Zeit lang durchgedacht werden.

Nichtsdestoweniger wird oft von den Befürwortern einer raschen Einführung der Bankenunion behauptet, man müsse so

schnellstmöglich zumindest einige Komponenten einführen, um das angeschlagene Vertrauen der Finanzmärkte ins europäische Finanzwesen und den Euro wieder zurückzugewinnen. Dieses Argument gibt Anlass zu der Frage, ob die Vertreter dieser Auffassung ernsthaft glauben, Finanzmärkte schenken ihr Vertrauen auch solchen Institutionen, die halbgebackene Zukunftsvisionen zugrunde ihrer Politik zu legen pflegen? Vielleicht nicht ganz. Zumindest seit Beginn der weltweiten Marktturbulenzen im Sommer 2007 hat man schon mehrmals die Erfahrung gemacht, dass die Märkte – genauer gesagt, die Entscheidungsträger einer ziemlich kleiner Menge führender Investitionsunternehmen – nicht auf Reformen innerhalb der staatlichen Machstrukturen oder auf deren hochfliegenden Konzepte reagieren, sondern auf den Einsatz öffentlicher Mittel zum Aufkauf der Wertpapiere, die sie selbst nicht mehr behalten wollen.

Genau darin – und nirgendwo anders – sind die beruhigenden Effekte der zahlreichen „unterstützenden“, „rettenden“, „liquiditätsschaffenden“ Maßnahmen der letzten sechs Jahre in den führenden Industrieländern begründet. Das heißt, die „Märkte“ interessieren sich nicht für die Bankenunion als solche, sondern für die Chance, dank deren Einführung die Qualität ihrer Forderungen gegen diverse problematische Kreditanstalten in der Eurozone zu verbessern.

2. Als ein weiteres Argument wird oft – insbesondere von Vertretern der hochverschuldeten europäischen Krisenländern mit Leistungsbilanzproblemen – vorgetragen, die Bankenunion werde die Reinvestition in die (momentan vermeintlich brachliegenden) Einlagen nordeuropäischer Sparer in den Mittelmeer- und ähnlichen Wirtschaften beleben. So könnte die Kapitalallokation in der Eurozone wieder „optimalisiert“ werden, weil infolge der Krise

# EuroPOLIS

Investoren in Überschussländern „bange und irrational vorsichtig“ geworden seien.

Tatsächlich hat man den Fluss „optimalisierter“ deutscher Ersparnisse in Immobilienblasen in Irland und Spanien noch in frischer Erinnerung. Jedoch gilt es Folgendes zu bedenken: Die Thesen über suboptimale Kapitalallokationen infolge des sog. *Home Bias* beziehen sich in der akademischen Volkswirtschaftslehre auf theoretische Außenhandels- und Investitionsmodelle, in denen alle Beteiligten nicht nur gleich gut informiert sind, sondern auch über eine vollkommene Fähigkeit des Vorausahnens verfügen.

Wenn Informationen unvollständig und die Zukunft unsicher ist (und das sind sie – insbesondere im internationalen Kontext – eigentlich immer!), ist die Theorie nicht mehr anwendbar und der *Home Bias* sehr gut begründet wird. Auch in der Realität führen verschiedene Arten und Stufen der Unsicherheit zu einer besonderen Vorsichtigkeit bei nahezu jedem Investor im Ausland.

Das Investitionsvolumen kann also *ceteris paribus* nie so hoch sein wie zu Hause. Darüber hinaus sind durch gesamteuropäische Aufsicht (samt Einlagengarantie) am Leben gehaltene Mittelmeerbanken für die Kanalisierung ausländischer Gelder in gesunde Investitionsprodukte entsprechender Länder keine notwendige Bedingung. Die Bankensektoren haben in der Vergangenheit dabei keine glänzende Rolle gespielt: Sicher, eine Bank, deren Bilanz mit Staatsanleihen der eigenen, insolvent gewordenen Regierung vollgestopft ist, kann nicht billige Kredite wie früher vergeben, aber kein Regulator – ob ein einheimischer oder ein „europäischer“ – kann an dieser Situation etwas ändern.

„Schlaue Banken“ wissen zwar im Übrigen – das zeigt die Entwicklung der Target 2-Saldos zwischen Nord- und Südstaaten des ESZB,– wie sie sich eine relativ billige Refinanzierung mittels der eigenen

# EuroPOLIS

Zentralbank im Eurosystem beschaffen. Allerdings hat dieser Umweg wettbewerbsschwachen Wirtschaften am Mittelmeerrand bisher wenig geholfen. Ein Sprung der heutigen EU-Krisenländer in eine neue Phase des Hochwachstums wäre – wie im Falle von diversen erfolgreichen Entwicklungsländern – allenfalls von Direktinvestitionen zu erwarten. Schließlich darf Folgendes nicht übersehen werden: Wenn heutzutage chinesische (wie einst japanische) Subjekte in Mittelmeerwirtschaften investieren, dann tun sie dies, ohne den Preis einer Bankenunion mit der Europäischen Union. Anders – d.h. lapidar – formuliert: Damit eine deutsche Sparkasse oder Landesbank sich spanische Wertpapiere wieder beschafft, bedarf es keines reinsanierten spanischen *Cajas*-Sektors. Stattdessen sind die investierenden Sparkassen oder Landesbanken auf eine Institution angewiesen, die ihnen hilft, Risiken kompetent zu bewerten.<sup>2</sup> Genauso brauchen spanische Firmen direkte Investoren und insbesondere deshalb, damit ihre Betriebskapitalbasis ausreichend stark wird, um sich neue Kredite aus einheimischen oder fremden Quellen beschaffen zu können. Es ist offensichtlich, dass die gegenseitig eng verzahnten Eliten aus Politik und Finanzwirtschaft – sowohl in Spanien als auch anderswo – am liebsten ihren Status beibehalten wollen, indem die einheimischen Banken wieder ein unentbehrliches Kettenglied in diesem Vermittlungsprozess werden. Deshalb setzen sie jegliche – nach ihrer Integrationsrhetorik sofort erkennbare – Bemühungen ein, kapitalstarke europäische Nordländer in diesem Gefüge zu behalten. Wenn nötig, würden sie dies auch gegen jede wirtschaftliche Logik durchsetzen. Wenn die üblichen europäischen Integrationskämpfer die Bankenunion beschwören, scheint es so, als wollen sie nicht eine bessere Finanzwirtschaft in

---

<sup>2</sup> Und eine weitere Institution, die diese Bewertung rechtzeitig auf den Prüfstand stellt.

# EuroPOLIS

Europa, sondern eine gesamteuropäische Planwirtschaft, finanziert von entmutigten und durchregulierten europäischen Banken.

3. Abgesehen davon wird oft von Euro-Enthusiasten betont, Banken seien in der heutigen Welt übernational gelenkt und grenzüberschreitend tätig und daher von einem Regulator innerhalb jedes einzelnen Staates nicht zu bewältigen. Und auch wenn eine Bank rein zufällig ausschließlich binnenstaatliche Geschäfte betreibt – was sie eigentlich eher nicht tun sollte, da sie damit der erhabenen Vision der „europäischen finanziellen Integration“ weg von der üblen „nationalen Fragmentierung“ nicht gerecht wird – dann ist sie sowieso gegen transnationalem Systemrisiko nicht immun. In Bezug auf dieses stereotypische Missverständnis möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Internationalisierung der Banken sowie anderer Finanzdienstleister – abgesehen davon, was die offizielle Politik darüber verfügt – in klaren, selbstaufgelegten Grenzen bewegt. Es sei daran erinnert, dass die Zahl der wirklich „übernationalen Banken“ nicht besonders groß ist. Jede in den letzten 2-3 Jahren zusammengestellte Liste der sog. *GSIFI* (Globally Systemically Important Financial Institutions), sei es von *BIS*, *IMF* oder *FSB*, beinhaltet kaum mehr als 20 Namen. Eine direkte Suche in Datenbasen – wie z.B. *Bankscope* – ergibt vergleichbare Ergebnisse: Die Zahl der Banken mit wenigstens halbwegs bedeutenden Zweigstellen oder Tochtergesellschaften im Ausland<sup>3</sup> ist auch bei den größten Finanzmächten der Welt selten höher als zehn und bei den meisten Ländern mit einem entwickelten Bankensektor sogar noch

---

<sup>3</sup> Unabhängig davon, ob nach deren Anteil an der Bilanz des ganzen Konglomerats oder nach deren Systemrelevanz für jedes einzelne Gastgeberland misst.

viel weniger.<sup>4</sup> Wieso? Die Antwort beruht schlicht und ergreifend darauf, dass Banken nur dann international agieren, wenn sie selbst wollen und nur in Bereichen die sie selbst wählen. Und diese Bereiche sind eigentlich ziemlich spezifisch. Das klassische Kommerzbankmodell, das auf Einlagensammeln und Haushalts- sowie Unternehmerkreditvergabe basiert, gehört nicht jedenfalls dazu. Denn dieses Modell braucht eine lokale Kompetenz und kann – außer im Bereich des Grundkapitals<sup>5</sup> – von der Unterstützung von außen kaum Gebrauch machen. Man kann also ruhig behaupten, eine Bank expandiert nicht ins Ausland, um dort ausschließlich konventionelle Kommerzbankgeschäfte vorzunehmen.<sup>6</sup> Die Internationalisierung hat meist mit dem *Investmentbanking* zu tun. Gerade in Bezug auf das *Investmentbanking* hört man jedoch in der Regel eine Menge dilettantisch-oberflächlicher Äußerungen aus den politisch-medialen Kreisen. Sollte man diesen Äußerungen Glauben schenken, dann fliegt eine typische grenzüberschreitende Geschäftsbank irgendwo über den Wolken, wo ihre Operationsfreiheit grenzenlos ist, so dass frei nach Reinhard Mey „alle Ängste, alle Sorgen“ um Staatsgrenzen und Jurisdiktionen „darunter verborgen“ sind. Die Realität sieht jedoch weniger romantisch aus: Selbst ohne Aufsicht und Regulierung seitens der (welchen noch immer) Staatsbehörde würde das kommerzielle Privatrecht klare Grenzen setzen und festlegen, wer wo wozu berechtigt ist. Bei jeder Wertpapieremission weiß man z.B. im Voraus, ob die Rechtsprechung

---

<sup>4</sup> Symbolische Vertretungen mit einer vernachlässigbaren Bilanzsumme schließt man aus, da sie für diese Behandlung unerheblich sind.

<sup>5</sup> Das Grundkapital kann natürlich auch von der Zentrale aus einer fremden Land kommen.

<sup>6</sup> Ausnahmen sind verständlicherweise solche Schwellen- oder Übergangswirtschaften, in denen es galt, durch finanzielle Liberalisierung neugeöffnete Marktanteile schnell und billig zu gewinnen. Aber auch dort die eigentliche strategische Absicht begrenzte sich nie auf das klassische Kommerzbankmodell.

# EuroPOLIS

eines der wenigen dazu üblich in Anspruch genommenen Finanzzentren – d.h. New York, London, Amsterdam, Luxemburg, Singapur etc.<sup>7</sup> – oder die des Sitzlandes des Emittenten anzuwenden ist. Eine Bank kann zwar in mehreren Ländern Gewinne (oder Verluste) verbuchen, aber die daraus folgenden Ansprüche richten sich gegen klar identifizierbare Subjekte nach eindeutig im Voraus bekannten Regeln des jeweiligen Staates. Auch dann, wenn grenzüberschreitende Aktivitäten sehr komplex und für die Behörden häufig schwer zu entschlüsseln sind, hat jeder Bestandteil eines supranationalen Finanzkonglomerates gleichwohl immer in einem bestimmten Staat seine Existenzgrundlage. Grundsätzlich könnte die Beständigkeit des Finanzsystems gegen grenzüberschreitende Risiken schon damit erheblich verbessert werden, dass jeder Staat ausschließlich auf die Risikosteuerung der Finanzunternehmen unter seiner Jurisdiktion achtet.<sup>8</sup> Damit behält der nationale Regulator eine Übersicht über die Subjekte, die er berechtigt ist, zu überprüfen und zu beeinflussen, und zugleich hütet er sich (oder vielmehr seine Märkte und Volkswirtschaft als solche) vor Risiken, über die er weder genügend Informationen noch ausreichende Befugnisse hat. Verständlicherweise käme die Anwendung des vorgenannten Prinzips innerhalb der Europäischen Union – von der Eurozone ganz zu schweigen – in den Augen der Eurofanatiker (sowie die ihnen sinnesverwandten „Finanz-Internationalisten“ in den supranationalen Institutionen wie z.B. dem Währungsfonds, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich,

---

<sup>7</sup> Letztendlich ist auch Zypern noch vor wenigen Monaten so ein Zentrum gewesen, wenn auch für eine sehr spezifische Art von Geschäften und Klienten.

<sup>8</sup> z. B. durch Bekämpfung eines übertriebenen Aussetzens jedem einzelnen Auslandssubjekt gegenüber (einschließlich derer gegenüber, die dem gleichen transnationalen Konglomerat angehören).



dem FSB u.ä.)<sup>9</sup> – einer Todessünde gleich. Die oben beschriebene Teilung der Aufsichtsbefugnisse nach „territorialer Zuständigkeit“ würde nämlich in Finanzinstitutionen ein Verhalten unterstützen, das nach der längst verurteilten *ring-fencing* bzw. der bösen „nationalen Fragmentierung der Kapitalmärkte“ riecht. Das heißt, das Verhalten, das an Handelshochschulen normalerweise „faire Bewertung des Landesrisikos“ genannt wird. Die Anhänger der Bankenunion hingegen möchten am liebsten jede Landesrisikobewertung innerhalb der EU abschaffen, jede Dorfsparkasse dem EU-weiten Regulator unterwerfen und nationale Regulationsbehörden zu dessen Abteilungen machen. Einige von diesen Träumern glauben sogar ernsthaft, ein derartig zentralisiertes Amt würde zu einem besseren Aufseher als dessen bislang unabhängige Bestandteile.

4. Damit kommt man nunmehr zur Frage der *Hierarchie vs. Polyarchie* in der europäischen Finanzregulierung. Jede Regulierungsreform in der Geschichte des Finanzsektors wurde ausnahmslos mit dem Versagen des vorherigen Systems begründet. Die letzte Krise ist da keine Ausnahme: Man behauptet, aus gegenwärtigen schwachen und fehlerhaften Regulatoren in Großbritannien, Irland, Spanien, Zypern etc.<sup>10</sup> einen starken und klugen ganzeuropäischen schaffen zu können. Kann Zentralisierung aus mehreren schlechten Ämtern ein gutes Amt machen? Oft wird – zu Recht – darauf hingewiesen, dass regulatorische Fehler der letzten Jahre weniger auf Inkompetenz als auf politische Schwäche im Vergleich zu den enorm einflussreich gewordenen Großbanken zurückzuführen sind. Gewiss, ein von der EZB eingesetzter

---

<sup>9</sup> Sie ziehen es vor, ihre durch die letzte Finanzkrise gewachsene Macht eher nicht mit den nationalen Behörden zu teilen.

<sup>10</sup> Man darf dabei natürlich nicht Belgien, Deutschland, die Niederlande vergessen.

# EuropolIS

Zwangsaufseher würde sich nicht vor den zypriotischen Bankdirektoren beugen müssen, vielleicht auch nicht vor den irischen oder slowenischen. Aber in einem größeren Land mit größeren Banken? Die Sicherheit nimmt mit der Bedeutung der Bank im europäischen Kontext ab. Auch wenn heute keine europäische Bank politisch stark genug ist, um sich der Macht der SSM zu widersetzen, so werden dennoch solche mit großer Wahrscheinlichkeit in der Zukunft entstehen: der kopflose Eifer der Eurofreaks mit dem Vorantreiben der „finanziellen Integration“ wird vor allem zu einer schnelleren Marktkonzentration im europäischen Finanzsektor führen. Und dann kann man in der Europäischen Union jeder Zeit auf die Wiederholung des US-Szenarios der Jahre vor 2007 warten: Damals wagte es nämlich keine der mit erheblichen formellen Kompetenzen ausgestatteten Aufsichtsbehörden – immerhin auf Bundesebene! – den führenden *Investmentbanken* der *Wall Street* ihr unzurechnungsfähiges Umgehen mit strukturierten Derivaten zu unterbinden. Fazit: Auf längere Sicht kann man vieles von der integrierten Regulierung erwarten, nur eins nicht: Qualitätsverbesserung.

Abschließend möchte der Verfasser darlegen, was er – aus seiner Sicht – als eine angemessene Vereinheitlichung der Finanzdienstleistungsregelungen in Europa ansieht: Zunächst einmal ist es hilfreich, oft sogar notwendig, dass sich nationale Regulatoren gegenseitig verstehen. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn sie alle mündig und funktionsfähig sind. Funktionsfähigkeit setzt jedoch eine souveräne Stellung des nationalen Regulators, gekoppelt mit Verantwortung gegenüber der Regierung voraus. Im Falle einer Degradierung zu einer Filiale des unionsweiten Superregulators – wie es die jetzige SSM-Fassung vorsieht – drohen Kompetenzstreiten, gegenseitiges Zuschreiben der Verantwortung und lokale Undurchsichtigkeiten. Dabei handelt es sich um ein

Phänomen, das in jeder zentralisierten Hierarchie eines Großreiches seit Ägypten und Babylon aufkam und den Geschichtsschreibern jedes Zeitalters gut bekannt sein dürfte. Was die gemeinsame Rettungs- sowie Abwicklungsstelle für insolvente Banken anbetrifft,<sup>11</sup> so muss man darauf hinweisen, dass in den meisten Fällen eine Abwicklung einer pleitegegangenen Bank eine hoch politisierte Entscheidung ist. Der eingreifende ESM kann zwar eine Bank rekapitalisieren, aber über deren Weiterverkauf muss jemand entscheiden, solange das gerettete Unternehmen nicht auf Dauer im Besitz aller Werk tätigen des Eurolandes bleiben sollte. Keine derartige Entscheidung in der Geschichte der Bankpleiten war bisher universal beliebt.

Man kann also entweder den Weg gesamteuropäischer Resolutionsgremien gehen (wie die deutsche Treuhand, nur mit 27 – einschließlich Kroatien nunmehr 28 streitenden Regierungsvertretern) – mit allen gut bekannten Konsequenzen für Geschwindigkeit, Effizienz und hohen Ertrag des einschlägigen Verkaufs – oder man kann versuchen, das reduzierte Grundkapital irgendwie den Gläubigern der Bank zu übertragen ( z.B. durch Ausstattung der Passivseite mit Umtauschklauseln, den sog. *CoCos* bzw. sonstigen Formen untergeordneter Schuldverschreibungen). Die zweite Möglichkeit scheint einfacher und billiger zu sein. Sie hat indessen den Nachteil, ohne Mitwirkung europäischer Beamten auszukommen. In puncto grenzüberschreitender Geschäfte innerhalb der Eurozone ist aus meiner Sicht – wie bereits erwähnt – mit einer allmählichen „juristischen“ Konzentrierung in den wenigen großen Finanzzentren Europas (außer Frankfurt ggf. noch Antwerpen, Amsterdam, Mailand) zu rechnen. Daraus folgt die Notwendigkeit, auch deren Aufsicht auf diese Finanzzentren zu konzentrieren, sei es mit Hilfe der personalen Stärkung des jeweiligen nationalen Amtes oder dessen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber

---

<sup>11</sup> Im gültigen Entwurf ist diese Aufgabe dem ESM, d.h. dem European Stability Mechanism, anvertraut.

# EUROPOLIS

anderen Mitgliedstaaten. Eine neue ganzeuropäische Aufsichtsbürokratie ist für diesen Zweck schlichtweg nicht notwendig. Trotz aller Warnungen und wider allen erwähnten Tatsachen hat die gegenwärtige Entwicklung eine klare Richtung genommen: Es wird mehr Zentralisierung, mehr undurchsichtiger supranationaler Aufsichtsbehörden, weniger Verantwortungsklarheit und einen größeren Aufwand öffentlicher Mittel geben, um mehrere ineffiziente Bankgruppen in der Europäischen Union am Leben zu halten und Kapitalmärkte noch weiter zu „verkrümmen.“ Langfristig werden dadurch weder Stabilität noch Wachstum erhöht. Die Bankenunionsenthusiasten sind sich dessen möglicherweise teilweise schon bewusst. Dennoch wird ihr Eifer dadurch keinesfalls gebrochen.

Insgesamt gesehen bot die letzte Krise den europäischen Integrationsutopisten eine außerordentliche Gelegenheit, ihre Wahnvorstellungen kräftiger denn je voranzutreiben. Die Bankenunion ist ein Instrument, das ihnen ermöglichen soll, ihre Sozialisierungsversuche als Taten verantwortungsvoller Volkswirte darzustellen. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Integrationsutopie weiterhin nur den üblichen emotionellen Überzeugungsmitteln – wie z.B. der Friedensbewahrung, Verteidigung der sozialen Errungenschaften des ausgebeuteten Proletariats, Missionierung des „europäischen Sozialmodells“ in der Dritten Welt – bedient hätte, denn das Finanzwesen ist zu wichtig, um gerade dort kollektivistisches Wunschdenken zur ausschlaggebenden Kraft zu erheben.